

Geburtsstätte des Nazismus ehrt "Opfer des Kommunismus"

30 Aug. 2025 15:33 Uhr

Mit dem geplanten Denkmal für die "Opfer des Kommunismus" in der ehemaligen Hauptstadt des Dritten Reiches machen Deutschland und Europa einen weiteren Schritt zur öffentlichen Rehabilitierung des Nationalsozialismus.



Quelle: Gettyimages.ru © Sean Gallup

Symbolbild: Abgebrochener Kopf des Berliner Lenin-Denkmales.

Von Oleg Zarjow

Im Stadtzentrum von Berlin, unweit des Gebäudes des Kanzleramts, soll ein Denkmal für die Opfer des Kommunismus in Deutschland errichtet werden. Ursprünglich wurde dieses Vorhaben noch im Jahr 2019 unter der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel vom Bundestag bewilligt. Unter der Regierung Scholz wurde es eingefroren, doch nach dem Regierungsantritt von Merkels Parteigenossen reanimiert. Inzwischen hat Bundeskanzler Merz vor, die Mittel für den Bau dieses Memorials in den Haushaltsplan aufzunehmen. Bemerkenswerterweise fand sich das Geld dafür gleich nachdem er behauptet hatte, dass Deutschland den Sozialstaat nicht mehr finanzieren könne.

Dabei existieren bereits etwa 900 solcher Denkmäler im recht kleinen Gebiet der ehemaligen DDR. Doch Deutschland benötigt anscheinend noch ein nationales Hauptdenkmal, das im Grunde einen symbolischen Schlussstrich unter die seit 25 Jahren laufende faktische Rehabilitierung des Nazismus in Europa ziehen wird.

Nein, formal ist der Nazismus noch nicht rehabilitiert. Doch auf staatlicher Ebene, darunter auf Ebene von EU-Richtlinien, wird bereits das Narrativ von "Verbrechen von zwei totalitären Regimes" verbreitet, die

angeblich gemeinsam durch den Molotow-Ribbentrop-Pakt den Zweiten Weltkrieg entfacht haben. Hitlers Münchener Abkommen mit europäischen Demokratien, das den Prolog zur Aggression bildete, wird dabei selbstverständlich ausgelassen. Indessen ist die Behauptung von "zwei totalitären Regimes" im Grunde ein Feigenblatt, das den Prozess der Revision der Geschichte kaum noch decken kann.

Nehmen wir als Beispiel die 2011 gegründete "Plattform des europäischen Gedenkens und Gewissens", die staatliche Strukturen wie Institute des nationalen Gedenkens sowie gesellschaftliche Organisationen verbindet. Unter anderem gehört ihr seit 2012 das ukrainische Forschungszentrum der Befreiungsbewegung, das die Heroisierung von Bandera und Schuchewitsch betreibt, an. Die Plattform wurde vom EU-Rat gegründet und gilt offiziell als "Bildungsprojekt" der Europäischen Union. Ihr erklärtes Ziel ist die Sensibilisierung für "Verbrechen zweier totalitärer Regimes". Ein Blick auf die Webseite der Plattform genügt allerdings, um zu erkennen, dass kaum eine ihrer zahlreichen Veranstaltungen den Verbrechen der Nazis gewidmet ist. Ein solches Missverhältnis konstruiert ein Geschichtsbild, in dem Verbrechen der Nazis wie eine unbedeutende Erscheinung wirken. Niemand erinnert sich daran, wie Handschuhe aus Menschenhaut angefertigt wurden und wie die Asche verbrannter Juden zum Düngen deutscher Gärten genutzt wurde.

Gleichzeitig mobilisiert ein solches Bild die Gesellschaft gegen das heutige Russland, weil es in Europa üblich ist, Russland mit der Sowjetunion gleichzusetzen. Nur Ungarns Ministerpräsident Orban vermeidet das mit Verweis auf die nationale Geschichte.

Die Errichtung eines Denkmals für Opfer des Kommunismus in der ehemaligen Hauptstadt der Nazis, Berlin, wirkt schon regelrecht blasphemisch. Schließlich ist es allgemein bekannt, dass Deutschlands Kommunisten den Nazismus seit dessen Entstehung bekämpften und zu seinen ersten Opfern wurden. So wurden schon in den ersten Wochen von Hitlers Regierungszeit 7.500 Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands verhaftet. Auch später stellten die Kommunisten den größten Anteil unter den Hunderttausenden von politischen Gefangenen. Gerade mit der Bekämpfung des Kommunismus begründete Hitler sowohl seine Angriffskriege als auch den Holocaust, denn Juden waren ihm zufolge angeblich die Hauptträger des Bolschewismus.

Sicher gab es in der DDR wie auch in der UdSSR unbegründete Repressionen. Doch sie müssen im breiten Kontext der deutschen Nachkriegsgeschichte betrachtet werden. Und hierbei werden wir ein mehr als nachsichtiges Verhalten zu den Nazis im demokratischen Westdeutschland beobachten, wo der Verfasser der Rassengesetze Hans Globke zum nächsten Berater von Adenauer wurde, der vor 70 Jahren deutsche Kriegsverbrecher aus der UdSSR heimbrachte. Doch daran erinnert man sich im heutigen Deutschland ungern, daher wird das geplante Denkmal zu einem Schritt zur Rehabilitierung des Nazismus. Man wird sagen: Wie gut, dass die Nazis den Kommunismus bekämpft haben, schade nur, dass sie es mit der Judenvernichtung etwas übertrieben.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Verfasst speziell für RT am 26. August.

Oleg Zarjow ist ein ehemaliger ukrainischer Rada-Abgeordneter. Von 2002 bis 2014 vertrat er seinen Einzelwahlkreis im ukrainischen Parlament und stieg zu einer der Führungspersönlichkeiten der ukrainischen Partei der Regionen auf. Nachdem er gewaltsam gezwungen wurde, seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen im Mai 2014 zurückzuziehen, musste er auf die Krim fliehen, engagierte sich für Neurussland und lebt seitdem im russischen Exil. Im Oktober 2023 überlebte er nur knapp einen Mordanschlag des ukrainischen Geheimdienstes.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.